

Fragen des Niveaus der Führung sowie der ideologischen Erziehung im Mittelpunkt der organisatorischen und politischen Arbeit. Hiervon hängt ab, wie es gelingt, überall den Leninschen Arbeitsstil erfolgreich zu verwirklichen. Das gilt für alle zentralen und örtlichen Staatsorgane.

Vom Ministerium der Justiz der UdSSR werden bereits große Anstrengungen unternommen, die der marxistisch-leninistischen Bildung aller in der Rechtspflege tätigen Kader sowie ihrer Befähigung zur Rechtspropaganda und Rechtserziehung dienen. Insbesondere richten die Rechtspflegeorgane ihre Aufmerksamkeit auf die verstärkte Aktivierung der gesellschaftlichen Kräfte und darauf, die Einhaltung der Gesetzlichkeit zu fördern und die demokratischen Prozeßprinzipien und Garantien im gerichtlichen Verfahren auf höherem Niveau zu verwirklichen. Von allen Leitern wird viel gefordert. Sie dürfen sich nicht der Selbstzufriedenheit hingeben und keinerlei Erscheinungsformen bürokratisch-formaler Arbeitsweise zulassen. Der Bürger ist in den Mittelpunkt aller Bemühungen gestellt, die auf die Anforderungen der Zukunft orientiert sind. Von seinem Wohlergehen, seiner Reife und Bewußtheit hängen Tempo und Qualität des weiteren Fortschritts ab.

Die KPdSU widmet in diesem Zusammenhang der Kaderpolitik verstärkte Aufmerksamkeit. Im Rechenschaftsbericht wird darauf hingewiesen, daß in den vergangenen Jahren viele entwicklungsfähige Genossen erprobt wurden, reiche Erfahrungen sammeln konnten und ihre Bewährung bestanden haben. Das sind auch für unsere unmittelbare Arbeit Orientierungen, ständig Menschen mit hoher Bildung und Kultur, aber auch mit nüchternem Verstand und praktischer Ader auffindig zu machen, die ihre Treue zum Sozialismus mit der Fähigkeit zur Organisierung von Arbeitskollektiven verbinden. „Der Leiter von heute muß Parteilichkeit mit großer Sachkenntnis, Diszipliniertheit mit Initiative und schöpferischem Herangehen an die Sache organisch verbinden. Zugleich ist der Leiter verpflichtet, an jedem Abschnitt die sozialpolitischen und erzieherischen Aspekte zu beachten, feinfühlig den Menschen, ihren Nöten und Bedürfnissen gegenüber sowie Vorbild in der Arbeit und im Leben zu sein.“/14/

Diese auch für uns gültigen Forderungen des XXV. Parteitag sind darauf gerichtet, das politisch-theoretische Niveau ständig zu erhöhen, damit die Kader ihre Aufgaben unter den wachsenden Anforderungen meistern können.

### **Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit**

Genosse L. I. Breshnew machte darauf aufmerksam, daß die gewissenhafte und sorgfältige Erfüllung der Pflichten jedes einzelnen Bürgers gegenüber der Gesellschaft Voraussetzung für den ständigen Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie ihre volle Nutzung ist. Das ist eine bedeutende Seite der Entwicklung und des Ausbaus kommunistischer gesellschaftlicher Beziehungen, die auf kameradschaftlicher Zusammenarbeit, gegenseitiger Hilfe, Achtung der Würde des Menschen, Ehrlichkeit und hohem Verantwortungsbewußtsein für das Ganze beruhen. Da ist kein Platz für gesellschaftswidriges Verhalten.

Der Parteitag traf dazu die Aussage: „Je höher sich unsere Gesellschaft entwickelt, desto unzulässiger werden noch vorhandene Abweichungen von den Normen der sozialistischen Moral. Gewinnsucht, Besitzgier, Rowdytum, Bürokratismus und Gleichgültigkeit den Mitmenschen gegenüber widersprechen dem ganzen Wesen unserer Ordnung. Im Kampf gegen solche Erscheinungen sind in vollem Maße sowohl die Meinung

des Arbeitskollektivs als auch das kritische Wort der Presse, sowohl die Methoden der Überzeugung als auch die Kraft des Gesetzes — alle Mittel, die uns zur Verfügung stehen — zu nutzen.“/15/

Alle Erfahrungen bei der Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft lehren, daß die reale Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie nicht möglich ist ohne sozialistische Disziplin. In ihr bilden die Wahrnehmung der Rechte und die disziplinierte Beachtung der Pflichten eine Einheit. Das sozialistische Recht widerspiegelt dabei die Grundinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Individualistische Eigenmächtigkeit und Mißachtung der Gesetze sind der sozialistischen Demokratie wesensfremd.

Auch unter dieser Sicht wirken die sowjetischen Partei- und Staatsorgane planmäßig in Richtung auf die weitere Festigung der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung. Es berührt Aufgaben der Sicherheits- und Justizorgane ebenso wie die Tätigkeit der gesellschaftlichen Kräfte, den Schutz und die Ordnung und Sicherheit zuverlässig zu gewährleisten. In dieser Gemeinsamkeit politisch-ideologischer Forderungen werden die Kräfte im Kampf gegen die Kriminalität und Rechtsverletzungen mobilisiert. Neben der hohen Wertschätzung des Zentralkomitees der KPdSU für die Tätigkeit der Sicherheits- und Justizorgane orientierte der Parteitag auf die weitere Festigung der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung. Die sowjetischen Juristen sind zur Erfüllung der gestellten Aufgaben darangegangen,

- im Bereich der Volkswirtschaft die Gesetzgebung weiter zu vervollkommen, vor allem den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchsetzen zu helfen und auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie eine hohe Qualität der Erzeugnisse Einfluß zu nehmen;
- die verwaltungsrechtlichen Grundlagen zur weiteren Demokratisierung der Arbeit sowie der Leitungstätigkeit der Staatsorgane und der Einbeziehung der Werktätigen auszubauen;
- das Arbeitsrecht zu ergänzen;
- die juristische Betreuung für die Bürger zu verbessern;
- die Rechtsarbeit in der Landwirtschaft zu qualifizieren;
- den Kampf gegen Kriminalität und sonstige Rechtsverletzungen zu verstärken;
- die Arbeit mit den Kadern zu vervollkommen;
- die Wirksamkeit der rechtspropagandistischen und rechtserzieherischen Tätigkeit weiter auszubauen;
- eine Gesetzsammlung des Sowjetstaates herauszugeben./16/

Zwangsläufig sind damit Einschätzungen der bisherigen Ergebnisse der Justizorgane verbunden, um konkrete Schlüsse für die Durchführung dieser Aufgaben zu ziehen. Sie gehen einher mit der Vervollkommnung der analytischen Tätigkeit zur Verbesserung des Stils und der Methoden in der Rechtspflege.

Die Parallelen der Gesellschafts- und damit auch der Rechtsentwicklung zwischen unseren Ländern machten der XXV. Parteitag der KPdSU und der IX. Parteitag der SED deutlich.

Das feste Bündnis mit der Sowjetunion erfaßt alle Seiten und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vom 7. Oktober 1975 eröffnet neue Perspektiven und

/15/ L. I. Breshnew, a. a. O., S. 96.

/16/ Vgl. dazu den Leitartikel „Die Beschlüsse des XXV. Parteitages der KPdSU gründlich studieren, propagieren und verwirklichen“, Sozialistischeskaia sakonnost 1976, Heft 4, S. 3 ff. (russ.).

/14/ L. I. Breshnew, a. a. O., S. 86 f.